

# Unter falscher Flagge

Oder wie Hans D. Barbier den Sozialstaat retten will.

## Von Andres Müller

Hans D. [Barbier](#) ist Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. Er bezeichnet sich selbst als liberalen Ökonomen. Unter der Flagge der „Sozialen Marktwirtschaft“ verfißt er die Thesen des totalen Wirtschaftsliberalismus. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung meldet er sich mit einer wöchentlichen Kolumne zu Wort.

In seinem neuesten Beitrag<sup>1</sup> plädiert er für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, um damit den Sozialstaat zu retten. Er sieht ihn gefährdet, weil die Konjunkturprogramme und die Summe aller Erhaltungssubventionen zur Verhinderung des Wirtschaftszusammenbruchs und die vielen Versprechungen der wahlkämpfenden Parteien ein Ausmaß erreichen, das nicht finanzierbar ist.

Gehen wir seiner abstrusen Logik nach:

Er stellt fest, daß sich die Bundeskanzlerin nicht mehr traut, dem Volk die notwendigen Wahrheiten zu sagen. Die Vielzahl der kleinen Einkommensempfänger und Beitragszahler in die Sozialversicherungen finanzieren die volkswirtschaftlichen Schäden, die in dieser Höhe auch vom Staat letztendlich nicht mehr bezahlt werden können. Er wird infolge der Belastungen die versprochenen sozialstaatlichen Leistungen am Ende nicht bezahlen können. Seine Analyse der politischen Realität ist zweifellos treffend. Er untermauert seine Anklage mit einigen (nicht allen) Fakten:

- Um den Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu verhindern, schießt der Staat 14 Mrd. Euro Steuergelder (rund 5 Prozent des Bundeshaushaltes) zu,
- Weiterhin haben die Regierungsparteien ein sog. Elterngeld und ein kostenloses Kindergartenjahr dem Volk versprochen,
- den Arbeitslosen soll das Hartz IV Geld erhöht werden, den Studenten das Bafög,
- die Landwirte sollen den Dieselmotorkraftstoff billiger erhalten,
- auch hat die Kanzlerin öffentlich versprochen, daß die Renten nicht mehr sinken werden.

Das Haushaltsdefizit wird sich im Jahr 2009 auf rund 80 Mrd. Euro belaufen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr betrug der Staatshaushalt 283 Mrd. Euro. Jedermann, der sich die Relation dieser Zahlen vor Augen hält, wird sich fragen müssen, wie die Regierung ihre versprochenen Zahlungen finanzieren will.

Und hier hakt Barbier ein und bietet seine Lösung an. Er nennt drei Alternativen:

Der Staat macht bankrott, was heutzutage bekanntlich über Inflation oder Währungsreform geschieht. Oder die Regierenden nehmen ihre Wahlversprechungen zurück, ebenso wie einen Großteil ihrer Zusagen zur Stützung der Finanzindustrie. Daß diese Möglichkeiten für die reale Politik nicht real sind, weiß jeder Bürger. Also bleibt nur die dritte Möglichkeit:

Die Erhöhung der Steuern! Und Barbier denkt vorwiegend an die Mehrwertsteuer! Die zahlt bekanntlich jeder, auch dann, wenn er gar kein oder nur ein geringes Einkommen hat.

---

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.07.2009 Seite 11.

Jetzt müßte eigentlich jedem Leser auffallen, daß mit dem Vorschlag von Barbier überhaupt nichts gewonnen ist. Da beißt sich nämlich die Katze in den Schwanz. Der Bürger erhalte in die linke Hosentasche vom Staat das Geld, das er ihm aus der rechten Hosentasche wieder herauszieht. Allein die Transaktion - in die linke Tasche einzahlen, was aus der rechten wieder herausgenommen wird - verlangt staatliche Verwaltungstätigkeiten, die dem armen Bürger natürlich in Form von zusätzlichen Steuern abgeknöpft werden. Also wird man ihm aus der rechten Hosentasche mehr herausnehmen müssen, als man in die linke hineingesteckt hat.

Eigentlich sollte man von einem in Nationalökonomie promovierten und erfahrenen Wirtschaftsjournalisten (Jahrgang 1937) mehr erwarten können.

Aber so sind sie halt, die Wirtschaftswunderkinder dieser Republik: Mehr Schein als Sein! Und sich auch noch gut bezahlen lassen – für solche lumpige Beiträge.

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 10.07.2009